6. Welche Willensbestimmung ist zur Strafbarkeit der Erwerbung *u*
ungestempelter Spielkarten erforderlich?

Gesetz v. 3. Juli 1878 betr. den Spielkartenstempel §. 10.

(R.G.Bl. S. 133.)

I. Straffenat. Urtr. v. 28. Februar 1881 g. M. Rep. 255/81.

I. Landgericht Würzburg.

Der Kaufmann M. war auf Grund des §. 10 Abs. 2 des obenbezeichneten Reichsgesetzes angeklagt, von einem Spielkartenfabrikanten 24 ungestempelte Kartenspiele erworben zu haben. Er schützte die Einrede vor, er habe die Karten in der Annahme, daß sie gestempelt seien, ohne sofort die Verpackung, in welcher sich die Karten befanden, zu öffnen, gekauft und erst nach längerer Zeit den Mangel des Stempels entdeckt, worauf er bei dem Hauptzollamt die Abstempelung beantragt habe.

Die erste Instanz hatte die Verurteilung des Angeklagten in folgender Weise begründet: „Nach §. 10 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1878 ist derjenige strafbar, welcher ungestempelte Karten erwirbt. M. hat 24 ungestempelte Kartenspiele erworben, ist also strafbar, ohne daß es auf Absicht — Dolus —, größeres oder geringeres Verschulden weiter anzukommen hat, wiewohl sein Verschulden, wenn auch nur ein sehr geringes, darin besteht, daß er nicht sofort beim Erwerb der Karten diese einzeln angesehen hat, um sich zu vergewissern, ob sie gestempelt seien. Es muß also das Gesetz seine Anwendung finden und mußte gegen M. eine Geldstrafe von 30 Mark für jedes ungestempelte Kartenspiel verfügt werden.“

Auf die Revision des Angeklagten erfolgte Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache.

Aus den Gründen:

Betreffend den zur Anwendung gebrachten §. 10 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1878, so kann der Ansicht der Vorinstanz, daß derselbe lediglich die Thatsache des Erwerbens ungestempelter Spielkarten voraussetze, ohne daß es auf Absicht, größeres oder geringeres Verschulden ankommt, nicht beigetreten werden.

Aus dem §. 10 Abs. 2 a. a. D., wonach derjenige, welcher der Vorschrift dieses Gesetzes zuwider Karten, welche mit dem erforderlichen Stempel nicht versehen sind, feilhält, veräußert, erwirbt, damit spielt oder solche wissenlich in Gewahrsam hat, für jedes Spiel in eine Strafe von 30 Mark verfällt, kann nicht gefolgert werden, daß hinsichtlich der zuerst genannten Fälle im Gegensatz zum wissenlichen Gewahrsam die Frage der subjektiven Verschuldung überhaupt bedeutungslos sei; es kann vielmehr aus der Fassung des Gesetzes, insbesondere aus dem Umstand, daß das Wort wissenlich nur mit dem Gewahrsam in Verbindung gebracht worden ist, nur entnommen werden, daß die übrigen Fälle nicht bloß dann strafbar sind, wenn der Thäter mit dem Bewußtsein von dem Mangel des Stempels handelt, sondern auch dann, wenn ihm in dieser Richtung Fahrlässigkeit zur Last fällt, während das Gesetz für den Fall des bloßen Gewahrsams zur Strafbarkeit das Bewußtsein von jenem Thatumstand verlangt.

Das Landgericht hat nun zwar nebenbei bemerkt, das Verschulden des Angeklagten, wenn auch nur ein sehr geringes, bestehe darin, daß er nicht sofort beim Erwerb der Karten diese einzeln angesehen habe, um sich zu vergewissern, ob sie gestempelt seien. Allein aus dieser Ausführung kann nicht mit Sicherheit entnommen werden, ob das Gericht davon ausgegangen ist, daß der Irrtum des Angeklagten von demselben durch Verschämung der ihm obliegenden Aufmerksamkeit verschuldet worden sei, ob ihm sonach eine fahrlässige Verfehlung gegen den §. 10 Abs. 2 a. a. D. zur Last falle.